

Jahrgangsstufe 8

0. Daten

14. 7. 1789 Beginn der Französischen Revolution	Die Erstürmung der Bastille am 14.7.1789 gilt als Auftakt und Symbol der Französischen Revolution. Unter einer Revolution (von lat. revolutio = Umwälzung) versteht man einen absichtlichen, meist gewaltsamen und raschen Umsturz einer bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung.
1806 Ende des „Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation“	1806 verbündeten sich 16 deutsche Staaten politisch und militärisch mit Napoleon im „Rheinbund“ und erklärten ihren Austritt aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Der deutsche Kaiser Franz I. legte daraufhin die Kaiserkrone nieder und nannte sich nur noch „Kaiser von Österreich“. Damit endete das erste deutsche Kaiserreich, das seit der Kaiserkrönung Ottos des Großen (962) bestanden hatte.
1815 Wiener Kongress	Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft wurde eine Neuordnung Europas erforderlich, die auf dem Wiener Kongress 1814/15 bewerkstelligt wurde. Bestimmende Prinzipien waren Restauration (Wiederherstellung der vorrevolutionären politischen Verhältnisse), Legitimität (Begründung des aristokratischen Herrschaftsanspruchs von Gottes Gnaden) und Solidarität (Zusammenschluss der europäischen Fürsten gegen die neuen Ideen des Liberalismus und Nationalismus)
1832 Hambacher Fest	Erste politische Demonstration, „deutsches Nationalfest“ mit Forderungen nach einem Nationalstaat und Freiheitsrechten
1848/49 Revolution in Deutschland	Im März 1848 kam es in mehreren deutschen Staaten zu revolutionären Unruhen. Die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche hatte die Aufgabe, eine Verfassung zu erarbeiten und die Einzelstaaten zu einer Einheit zusammenzuführen. Der preußische König lehnte allerdings die ihm angebotene Kaiserkrone ab, sodass die Paulskirchenversammlung und die Revolution scheiterten
1871 Reichsgründung	Mit der Gründung des Deutschen Reiches im Januar 1871 durch die Proklamation des preußischen Königs zu Kaiser Wilhelm I. („Reichsgründung von oben“) gelang die Gründung eines Nationalstaats als „kleindeutsche“ Lösung – das (zweite) deutsche Kaiserreich.
1914-1918 Erster Weltkrieg	Der Erste Weltkrieg, ausgelöst durch das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo, unterschied sich von bisherigen Kriegen durch die Zahl seiner Opfer, das Ausmaß der Zerstörung, den Einsatz von Millionenheeren und eine gewaltige Militärmaschinerie mit Luft- und Panzerwaffen. Er gilt als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Langfristige Ursachen waren machtpolitische Gegensätze und Interessenkonflikte im europäischen Staatensystem und Rivalitäten, die sich aus der imperialistischen Politik und einem damit verbundenen Wettrüsten ergaben.
1917 Russische Revolution	Die Russische Oktoberrevolution von 1917 stellt einen bedeutenden Einschnitt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts dar. Sie führte zum Sturz des Zaren, zu einer radikalen Umwälzung der Machtverhältnisse in Russland und schließlich zur bolschewistischen Einparteienherrschaft. Sie wird als Ausgangspunkt des späteren Ost-West-Konflikts gesehen

1. Europa im Zeitalter der Revolutionen

Aufklärung	Bezeichnung für eine Denkrichtung in Europa im 17. und 18. Jahrhundert. Der Grundgedanke der Aufklärung ist, dass die Vernunft und nicht mehr Glaube und Tradition das Denken des Menschen bestimmen sollten. Die Aufklärer forderten Freiheit, Gleichheit und religiöse Toleranz.
Menschenrechte	Die Philosophen der Aufklärung entwickelten die Idee, dass jeder Mensch „von Natur aus“ mit bestimmten Rechten ausgestattet ist, die ihm keiner wegnehmen kann, auch nicht der Staat. Zu diesen Rechten gehören u.a. das Recht auf Leben und persönliche Sicherheit, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens- und Meinungsfreiheit. Die Menschenrechte gelten für alle Menschen, während die Bürgerrechte, z. B. das Wahlrecht, nur für diejenigen gelten, die das Bürgerrecht besitzen.
Verfassung	Eine Verfassung regelt die grundlegende Ordnung eines Staates und legt die Rechte und Pflichten der Bürger sowie die Aufgaben der verschiedenen Staatsorgane fest.
Volkssouveränität	Von frz. souveraineté: oberste politische und militärische Macht im Staat. Während der Aufklärung wurde die Vorstellung entwickelt, dass das Volk die oberste Macht im Staat haben sollte. Grundlage der Herrschaft sollen deshalb Wahlen und Abstimmungen sein, diese bilden eine Grundvoraussetzung für jede demokratische Ordnung.
Gewaltenteilung	Trennung der Staatsgewalt in Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (rechtsprechende Gewalt) mit dem Ziel, Machtkonzentration und Willkürherrschaft zu verhindern.
Bürgertum	<i>Bürgertum</i> bezeichnet eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung. Der Begriff wandelt sich allerdings im Lauf der Zeit. Seit dem 19. Jh. wird Bürgertum v.a. über den Beruf definiert: Kaufleute, Händler, selbstständige Handwerker, Ärzte, Rechtsanwälte usw. zählen zum Bürgertum und werden auf der einen Seite von der Arbeiterschaft und den Bauern, auf der anderen vom Adel abgegrenzt. Das Bürgertum erkämpfte sich seit der Französischen Revolution immer mehr Rechte im Staat.
Nation	(von lat. natio – Herkunft, Abstammung) Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wird eine Gruppe mit gleicher Herkunft, Sprache oder Geschichte als Nation bezeichnet. Die Forderung, als Nation in einem Staat (Nationalstaat) leben zu können, gehört zu den Grundforderungen des 18. und 19. Jh., vor allem die Liberalen traten für dieses Ziel ein.
Nationalismus	Nationalismus bedeutet das Zugehörigkeitsgefühl und das Bekenntnis zur eigenen Nation. Der Nationalismus vertrat zunächst die Überzeugung, dass jedes Volk das Recht auf nationale Selbstbestimmung habe, im Lauf des 19. Jahrhunderts entwickelte sich jedoch zunehmend ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das die eigenen Nation auf- und andere Nationen gleichzeitig abwertet.
Kaisertum Napoleons	Mit seiner Kaiserkrönung 1804 begann Napoleon ein erbliches Kaisertum der Franzosen, mit der er sich auf die Nachfolge Karls des Großen berief. Er verdeutlichte damit seinen Führungsanspruch über ganz Europa. Nach militärischen Niederlagen 1813/1814 wurde Napoleon abgesetzt und verbannt.
Montgelas	Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas (1759-1838), leitender Minister, geprägt von den Ideen der Aufklärung reformierte er den bayerischen Staat nach französischem Vorbild und war verantwortlich für zentrale innere Reformen in Bayern, die das Land bis heute prägen. Montgelas gilt deshalb als „Vater des modernen Bayern“.

2. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland 1850 bis 1914

Liberalismus	(lat. liberalis – freiheitlich, eines freien Menschen würdig) Der Liberalismus steht in der Tradition der Aufklärung. Er forderte das Recht auf freie Entfaltung des Einzelnen in allen Bereichen – Recht, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Die zentralen Forderungen des liberalen Bürgertums in Deutschland im 19. Jh. waren (nationale) Einheit und (politisch-rechtliche) Freiheit.
Deutscher Bund	Der Deutsche Bund wurde 1815 auf dem Wiener Kongress als Zusammenschluss von 34 unabhängigen (souveränen) Fürsten und vier freien Städten (Frankfurt, Lübeck, Hamburg, Bremen) gegründet. Sitz der Bundesversammlung war Frankfurt.
Industrielle Revolution	Umwälzende Veränderung der Arbeitswelt, ausgelöst durch Erfindungen (v.a. Dampfmaschine) und den Einsatz von Maschinen (Ausgangspunkt Großbritannien Ende des 18. Jh.). Folgen waren Massenproduktion und Fabrikarbeit mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen.
Soziale Frage	Der Begriff bezeichnet die Probleme, die durch die industrielle Revolution entstanden waren: die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerungsmehrheit, v.a. der Arbeiter; die schlechten Arbeitsbedingungen in den Fabriken; die starke Zunahme der Gruppe der besitzlosen Arbeiter. Die soziale Frage lautete: Wie lässt sich ein menschenwürdiges und wirtschaftlich gesichertes Leben für alle Menschen erreichen?
Sozialismus	Politische Alternative zum bürgerlichen Liberalismus, auf den Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels basierend: Kapital und Produktionsmittel sollen sich in Gemeineigentum, nicht mehr in Privateigentum befinden; Gewinne sollen nicht mehr den Unternehmern, sondern der Gesellschaft zum allgemeinen Nutzen zustehen; theoretisches Ziel ist die Gleichheit aller Menschen innerhalb der Gesellschaft.
Arbeiterbewegung	Organisation der Arbeiter in Parteien und Gewerkschaften, Genossenschaften mit dem Ziel, eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie eine politische Mitsprache in einem demokratischen Staat zu erreichen.
Deutsches Kaiserreich	Das Kaiserreich wurde nach dem Sieg im deutsch-französischen Krieg 1870/71 im Spiegelsaal von Versailles gegründet. Nach der Verfassung von 1871 war es eine konstitutionelle Monarchie und ein Bundesstaat. An der Spitze des Staates stand der Deutsche Kaiser, der gleichzeitig König von Preußen war. Die Abgeordneten des Reichstags konnten Gesetze vorschlagen und beschloss diese gemeinsam mit dem Bundesrat (=Länderkammer). Das Deutsche Kaiserreich bestand bis 1918.
Bismarck	Otto Graf von Bismarck (1815-98), preußischer Ministerpräsident und Außenminister, seit 1871 Reichskanzler und Außenminister. Bismarck gilt als der „Schmied des Deutschen Reiches“, dessen Schaffung er in den drei Einigungskriegen ermöglichte. Nach der Reichsgründung schuf er ein Bündnissystem, das den Frieden in Europa sicherte.
Reichstag	Der Reichstag war die Volksvertretung (Parlament) des Deutschen Kaiserreiches, der Name wurde auch in der Weimarer Republik beibehalten. Die Abgeordneten wurden nach einem allgemeinen und gleichen, freien, geheimen Wahlrecht gewählt – allerdings nur von Männern über 25 Jahren. Der Reichstag konnte Gesetze vorschlagen, er entschied über das Budget und machte gemeinsam mit dem Reichsrat Gesetze. Der Reichskanzler und die Reichsregierung waren ihm gegenüber nicht verantwortlich, der Reichstag konnte vom Kaiser jederzeit aufgelöst werden – allerdings mussten dann Neuwahlen stattfinden.

Parteien	Zusammenschluss von Menschen mit gemeinsamen politischen Vorstellungen und Zielen; Merkmale einer Partei: dauerhafte Organisation, Parteiprogramm, Wille zur Einflussnahme (Wahlen, Regierungsbeteiligung). In Deutschland gab es seit der Revolution von 1848 politische Parteien, die sich schematisch in vier Gruppen einteilen lassen: Konservative, Liberale, Zentrum (Partei des politischen Katholizismus) und Sozialisten.
Kulturkampf	Der von Bismarck geführte Konflikt zwischen dem Staat und der katholischen Kirche um die (Neu-)Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche. Bismarck versucht den Einfluss der katholischen Kirche zurückzudrängen.
Sozialistengesetz	Mit dem Sozialistengesetz sollte die Arbeiterbewegung unterdrückt werden. Es war von 1878 bis 1890 in Kraft und verbot alle sozialdemokratischen oder kommunistischen Vereine, Versammlungen und Veröffentlichungen.
Sozialgesetzgebung	Gesetze zur Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, die von Bismarck eingeführt wurden, um die Arbeiterschaft in Notsituationen finanziell abzusichern. Mit diesen Gesetzen reagiert Bismarck auf Forderungen aus der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie und versucht, damit (vergeblich) die Arbeiter an den Staat zu binden und der Sozialdemokratischen Partei abspenstig zu machen. Die Sozialgesetzgebung markiert den Beginn moderner staatlicher Sozialpolitik.
Kommunismus	Von Marx und Engels begründete Theorie, welche die Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft enthält, in der die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen) nicht mehr im Privatbesitz sind, sondern in Gemeineigentum überführt worden sind. Eingeleitet wird der Kommunismus durch die proletarische Revolution. Im 20. Jahrhundert bezeichnete der Kommunismus vor allem die Gesellschaftsform, die nach der Oktoberrevolution 1917 in der Sowjetunion errichtet wurde (nach 1949 auch in der Volksrepublik China) und die durch die Diktatur der Kommunistischen Partei gekennzeichnet war.

3. Imperialismus und Erster Weltkrieg

Imperialismus	Der Begriff Imperialismus (von lat. imperium = Herrschaft) bezeichnet im engeren Sinn die Epoche von ca. 1880 bis 1918, in der die europäischen Großmächte, USA und Russland weite Gebiete Afrikas und Asiens untereinander aufteilten. Der Imperialismus war gekennzeichnet von dem Wunsch, Weltmacht zu sein, und trieb die europäischen Mächte zu einem Wettlauf um Kolonien. Die dadurch verursachten Spannungen trugen wesentlich zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs bei.
Vertrag von Versailles	Der Versailler Vertrag beendete den Ersten Weltkrieg zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Siegermächten. Deutschland musste die Verantwortung für den Kriegsausbruch übernehmen (Artikel 231, „Kriegsschuldparagraph“) und harte Friedensbedingungen akzeptieren: Gebietsabtretungen, Reparationszahlungen in vorerst nicht festgelegter Höhe, Abtretungen aller Kolonien, Rüstungsbeschränkungen – z.B. Beschränkung des Heeres auf 100 000 Mann. Der Versailler Vertrag wurde von allen Parteien in Deutschland abgelehnt, von den Regierungsparteien aber gezwungenermaßen unterschrieben. Dies führte zu bitteren politischen Auseinandersetzungen, die die Weimarer Republik schwer belasteten.